



Durchführung, denn solche Dinge dauern immer eine gewisse Zeit, aber eintreten werde diese enge Kameradschaft zwischen den beiden Bänden — die notwendig sei, um zum Ziel zu gelangen.

### Mitteilung des Stahlhelmbundesamts

Halle, 28. März. Von Seiten des Stahlhelmbundesamts in Berlin wird mitgeteilt, daß eine geschlossene Aufnahme von roten Verbänden im Stahlhelm Braunschweig nicht vorgenommen worden sei. Allerdings seien solche Verbände in geschlossenem Zug zwecks Aufnahme zum Werbepersonal des Stahlhelms gezogen. Etwas gegen die Reichsregierung gerichtete Äußerungen aus diesem Zuge fallen also nicht dem Stahlhelm zur Last. Eine „Berichtigung“ des braunschweigischen Stahlhelms gegen die Regierung, insbesondere gegen den Reichsminister, komme unter keinen Umständen in Frage. Der Bund habe Aufnahme geschlossener Verbände schon vor Wochen verboten und für Einzelaufnahmen äußerste Vorsicht und längere Probezeit angeordnet.

### Untersuchung der Vorgänge

Berlin, 28. März. Zu den Braunschweiger Vorgängen wird im Reichsinnenministerium erklärt, daß das Reich sich mit der Angelegenheit nicht befassen könne, denn für die Auflösung von Verbänden seien die Landesregierungen zuständig. Nach dieser Verordnung gibt es auch gegen Auflösungen oder sonstiges Einschreiten der Behörden für die Verbände kein Beschwerderecht. Die Angelegenheit wird also vom Stahlhelm selbst in Ordnung gebracht werden müssen.

In den Kreisen der NSDAP. und der SA. besteht die Auffassung, von links werde lebhaft versucht, die nationalen Verbände von innen her zu zerlegen und sie gegen einander zu heben. Wenn jetzt zum erstenmal der geschlossene Uebertritt von Organisationen der Eisernen Front zum Stahlhelm beobachtet worden sei, so sei diese Aktion natürlich durch Einzelmisstände vorbereitet gewesen. Nachdem der Charakter dieser Zerlegung durch Spindel einmal klar erkannt sei, dürfte die Angelegenheit damit erledigt sein und weitere derartige Zerlegungsmanöver dürften unwirksam bleiben.

In Berliner politischen Kreisen erwartet man, daß nach einer Umorganisation des Braunschweiger Stahlhelms das Verbot des Stahlhelms wieder aufgehoben wird.

### Zusammenstöße bei der Besetzung des Krankentafelgebäudes

Braunschweig, 28. März. Bei der Besetzung des Krankentafelgebäudes kam es zu Zusammenstößen zwischen den Schutzpolizeibeamten und den Insassen des Hauses, wobei es 21 Verletzte gab. Einer der Verletzten hat einen Bauchschuß erlitten.

Bekannt wird, daß die Schutzpolizei, als sie mit zwei Hundertstücken das Gebäude besetzte, feststellte, daß auf dem Dach des Ortskrankentafelgebäudes zahlreiche Leute mit dem Gewehr im Anschlag lagen. Es stellte sich heraus, daß einige dieser Personen frühere Schuloffiziere und Kommunisten waren. Ueber den Koppeln, die zum Teil auf dem Schloß Sichel und Hammer trugen, hatten die Leute Stahlhelmschilde gezogen.

Im Verlauf des Vorgehens gegen den Stahlhelm ist Dienstag früh auch der politische Referent des Landesverbandes des Stahlhelms, K. Kempel, in Schutzhaft genommen worden. Minister Klages hatte sich noch während der Nacht mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt. Es wird angenommen, daß die zu erwartenden Maßnahmen im Einvernehmen mit der Reichsregierung erfolgen.

35 Reichsbannerleute, die sich in Regenborn bei Holzminnen zum Stahlhelm gemeldet hatten, befanden sich bei ihrer Vernehmung übereinstimmend, nur deshalb in den Stahlhelm eingetreten zu sein, um dort ihre Reichsbannerinteressen gefahrlos vertreten zu können. Angeblich soll bei den Reichsbanner- und SPD-Leuten der Plan bestanden haben, das Regierungsgebäude und das Bloksfreundhaus zu besetzen und dann eine Aktion gegen die Führer der NSDAP. zu unternehmen. Nur der Tatsache, daß der braunschweigische Innenminister sofort energische Maßnahmen eingeleitet habe, sei es nach Mitteilung von unterirdischer Seite zu danken, daß die Nacht zum Dienstag äußerlich ruhig verlaufen und die ganze anscheinend gegenrevolutionäre Bewegung im Keim erstickt worden sei. Nur die wenigsten Stahlhelmer seien sich über die Ziele der Aufnahme im klaren gewesen.

## Gewaltige Mittelstandskundgebung

Stuttgart, 28. März. Die Organisationen des zwerflichen Mittelstands veranstalteten am Montag abend zusammen mit der Handwerkskammer Stuttgart eine große Mittelstandskundgebung in der Liederhalle. Der Besuch der Veranstaltung von nah und fern, auch aus den Oberämtern Ludwigsburg, Waiblingen, Schorndorf, Gmünd, Eßlingen, Göppingen usw. war so stark, daß der Festsaal schon eine Stunde vor Beginn wegen Ueberfüllung teilweise geschlossen werden mußte. Viele Tausende mußten im Konzertsaal, im Liederhallgarten und noch im Stadtgarten untergebracht werden, wo die Reden durch Lautsprecher übertragen wurden. Die ganze Veranstaltung wurde auch auf den Südfunk übernommen. Als Gäste wohnten der Kundgebung auch Finanzminister Dr. Dehlinger, die Staatsräte Hirtzel und Dr. Lehmann, Landesfinanzamtspräsident Heißer, der Rektor der Techn. Hochschule bei.

Nach dem feierlichen Einmarsch der Fahnenabordnung der SA., der SS., des Stahlhelms, des deutschnationalen Kampfrucks sowie der Handwerksinnungen eröffnete der deutschnationale Stadtrat Bäder-Obermeister Käthele Stuttgart die Kundgebung, wobei er die befondern Grüße des an der Teilnahme verhinderten Staatspräsidenten Müller überbrachte. Der Redner feierte die nationale Erhebung und gedachte ihrer Toten, worauf die SA.-Kameraden das Lied vom guten Kameraden spielten.

Als Hauptredner des Abends sprach Staatskommissar Dr. Strölin-Stuttgart über Gemeinde und Mittelstand. Er führte u. a. aus: Gemeinde und Mittelstand sind die ausgesprochenen Stiefkinder des bisherigen politischen und wirtschaftlichen Systems gewesen. Die Gemeinde war das Stiefkind unter den Trägern der öffentlichen Wirtschaft und der Mittelstand auf der anderen Seite war all die Jahre hindurch das Stiefkind der privaten Wirtschaft. Einzelhandel und Handwerk waren die ausgesprochenen Prügelknaben, die von allen Seiten mißachtet und mit Füßen getreten worden sind. Die Folge dieser Behandlung von Gemeinde und Mittelstand war, daß weithin in Deutschland heute zu Trümmerhaufen geworden sind. Die Ursachen für die Not liegen vor allem auf 3 Gebieten: 1. in der völlig verfallenen Finanz- und Steuerpolitik der bisherigen Reichsregierungen, 2. in der bewußten Zerstörung der kommunalen Selbstverwaltung und 3. in der grundtätlich falschen geistigen Verfassung und Gestaltung der Wirtschaft. Das parlamentarische System in den Gemeinden war vor allem der Ausgangspunkt einer unverantwortlichen Ausgabenmissetzung, durch die wiederum der Mittelstand völlig unnützlich belastet worden ist. Insbesondere auf dem Gebiet der Beamtenpolitik hat die Parteiherrschaft geradezu Orgien gefeiert. Eine ausgesprochene Folge des Parteiensystems war auch die Schmälerung der Fürsorge. Unmittelbar auf marxistischen Einfluß ist auch die Uebersteigerung der Regiebetriebe zurückzuführen. Gerade hier muß eine gründliche Aenderung der Einstellung der Gemeinden zum Mittelstand eintreten. Die Gemeinden haben die Pflicht, den Mittelstand vor seinen wirtschaftlichen Gegnern zu schützen. In diesem Sinn habe ich mich auch bereits dafür eingesetzt, daß die Konkurrenz der Warenhäuser eingeschränkt wird. Dringend notwendig ist es auch, daß man aus den Warenhäusern die „Vordügel“ — die Lebensmittellieferung und die Erischlieferungen — verschwinden läßt. Es ist ferner dringend notwendig, dafür zu sorgen, daß bei den städt. Vergabungen unbedingt nach dem Geist der Reichsverordnungsordnung verfahren wird.

Neben solchen Einzelmaßnahmen ist aber gerade auch vom Standpunkt des Mittelstands aus eine grundlegende Reform des Gemeindeverfassungsrechts notwendig. Der Gemeinderat ist ein Verwaltungskörper und kein Besetzungskörper. Daraus ergibt sich als Grundforderung gerade vom Standpunkt des Mittelstands die radikale Entpolitisierung der Gemeindevertretung. Eine wichtige Zukunftsaufgabe ist daher die Umgruppierung der Gemeindevertretungen auf die Grundlage der berufskundlichen Gliederung. Im Interesse einer fruchtbareren Arbeit sollte ferner die Zahl der Gemeinderatsmitglieder wesentlich verringert werden, z. B. in Stuttgart von 60 auf 50 oder 40. Gleichzeitig muß aber auch die Stellung des Stadtvorstands durch die Gemeindeordnung im Sinn des Führergedankens ausgestaltet werden. Der Stadtvorstand muß dem Gemeinderat den Stempel seiner Persönlichkeit aufdrücken. Bordinglich ist im Augenblick die Gleichhaltung des Gemeinderats mit dem Reichstag und den Ländervertretungen. Noch wichtiger als all diese Reformen ist jedoch für die Gemeinden wie für den Mittelstand die Gesundung der Wirtschaft überhaupt. Vor allem ist eine völlige geistige Erneuerung not-

wendig. Kapitalismus und Marxismus haben aber in gleicher Weise zu der jetzigen Verelendung des Mittelstands beigetragen. Angesichts dieser Tatsachen müssen Gemeinde und Mittelstand miteinander einen Weg zur Neugestaltung der Wirtschaft finden. Die Wirtschaft muß aus einer Beherrschung wieder zu einer Dienerei des Volks werden. Es ist der unerfüllte Wille der nationalen Bewegung, die Profitsucht des einzelnen und die Selbstsucht der Klasse zu überwinden und den Grundsatz „Gemeinnutz vor Eigennutz“ als Pflicht und als Ehre für jeden einzelnen zum obersten Gesetz zu erheben. Das ist ein wesentliches Ziel, das sich die nationale Regierung gestellt hat. Der Mittelstand und die Träger der nationalen Revolution haben daher das gleiche Ziel.

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Drechslermeister Dempel (Stuttgart) wandte sich gegen die Handwerksführer, die immer politische Neutralität predigen, die Hitlerbewegung bekämpfen, aber jetzt plötzlich mit Treueschwüren und auch noch mit Forderungen kommen. Wer nicht mitkämpfe, habe auch nichts zu fordern. Für die bisherigen Handwerksführer, die Demokraten, Wirtschaftsparteiler usw. heiße jetzt die Parole: Abtreten! Wenn sie nicht freiwillig verschwinden, werden sie von den Nationalsozialisten aus den Sesseln herausgehoben werden.

Der deutschnationale Land- und Reichstagsabgeordnete Dr. Bider (Stuttgart) sprach für den kaufmännischen Mittelstand. Er wandte sich mit scharfen Worten gegen das System der letzten 14 Jahre. Unter dem Einfluß des Marxismus, der Demokratie und des Liberalismus sei die Anarchie des Kapitals Tatsache geworden. Das Ergebnis sei eine ausgebildete deutsche Wirtschaft, eine unbeschäftigte Industrie, eine in Not geratene Landwirtschaft. Wir verlangen eine neue Wirtschaftsordnung, die einen neuen, mächtigen Mittelstand schafft. Jeder Mittelständler habe die Pflicht, sich hinter die neue Regierung zu stellen, da sie die bisherigen Forderungen des Mittelstands zu den ihren gemacht hat.

Das Schlusswort sprach der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Böhner (Ragold), worauf die Kundgebung mit grosen Beifallstürmen für die Redner und mit dem Gesang des Deutschlandlieds schloß.

## Neue Nachrichten

### Der Kronprinz gegen Greuelheke

Berlin, 28. März. Der frühere Kronprinz hat an den amerikanischen Schriftsteller Bierck einen Brief gerichtet, in dem er sich mit Nachdruck gegen die im Ausland getriebene Greuelheke wendet. Es bleibt mir, heißt es in dem Schreiben, unbegreiflich, daß das ausländische Publikum, nachdem es sich erst vor wenigen Jahren davon überzeugen konnte, wie sehr es während des Weltkriegs in bezug auf Deutschland belagert worden ist, erneut einer derartig blinden Psychose verfallen kann. Wir bemühen uns hier in Deutschland ebenso wie Sie in den Vereinigten Staaten darum, aus dem Elend, in welches die abendländische Welt in den Nachkriegsjahren versunken ist, zu neuem Wohlstand, Frieden und frischer Kraft zurückzuführen. Jedes Volk tut dies seinem eigenen Charakter und seinen Bedingungen gemäß. Den Weg des anderen mit Lügen, Verleumdungen und Schmutz zu bewerkeln, ist nicht fair. Ich kann nur wünschen, daß sich in Amerika die gebildeten und verantwortungsbewußten Kreise dieser Einsicht nicht verschließen.

Die englischen Blätter sind, mit Ausnahme des sozialistischen „Daily Herald“, in ihren Greuelberichten bereits zurückhaltender geworden.

### Jüdischer Prelest

Berlin, 28. März. Der jüdische „Deutsche Vorkämpfer“ wendet sich in einer Erklärung dagegen, daß Ostjuden und angebliche deutsche Juden der Linksparteien, die aus Deutschland geflüchtet sind, es wagen, eine grenzenlose Heke gegen Deutschland zu betreiben. Die nationalen Juden in Deutschland verwahren sich gegen solche Verunglimpfungen.

### Kundgebungen der polnischen Juden

Warschau, 28. März. Die Juden haben gestern abend Kundgebungen gegen das nationale Deutschland abgehalten. In zahlreichen Versammlungen sahten sie Entschuldigungen gegen die „Deutsche Barbarei“ und beschlossen, deutsche Waren zu boykottieren. An verschiedenen Punkten der Stadt versuchten sie, Umzüge zu bilden, wobei die Juden, um den Polen zu gefallen, auch polnisch-nationalistische Aulie ausstießen, wie „Hände weg



Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

9. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Ein alter Geschäftsinhaber mit dicken Tränenfäden unter rotlidrigen Augen wollte sie gleich zärtlich tätscheln, ein anderer entließ sie kurz mit der Bemerkung, daß sie ihm „zu zart“ aussehe für seinen großen Betrieb. Ihre schwüchsterne Erwiderung, daß sie gesund sei, wurde nicht geglaubt. Der dritte verlangte spanische Korrespondenz, der vierte ihre Zeugnisse. Sah sie dann scharf über die Brille an: Warum hatte Fräulein Wettern ihre Stellung im Kaufhaus des Volkes verlassen?

„Auf eigenen Wunsch“, antwortete das Mädchen. Und spurte, wie ihr das Blut in die Wangen schoß.

„hm — kommen Sie morgen früh um neun mal wieder.“

Als Wera sich meldete, trat ihr schon an der Tür eine ältere Frau entgegen: Das Fräulein brauche sich nicht erst zum Chef zu bemühen, die Sache sei erledigt.

Wortlos verließ Wera das Haus. Erst auf der Treppe fiel ihr ein, daß der Besitzer des Handschuhgeschäftes wahrscheinlich das Kaufhaus um Auskunft über sie ersucht hatte. Die war gewiß wenig günstig ausgefallen. Ruhlos der Versuch, sich zu verteidigen. Sie vermachte es einfach nicht, Fremden die Begebenheit im Büro des Direktors zu erzählen, die tieferliegende seelische Ursache ihrer Empörung über des Mannes dreiste Zudringlichkeit. Du lieber Gott, wenn man jeden Zudringlichen gleich mit Faustschlägen traktieren wollte! —

Die Tage vergingen in rasender Geschwindigkeit. Weras Angst stieg. Immer leerer wurde die kleine Börse, immer schmaler ihr Gesicht, in dem die schwarzen Augen jetzt unnatürlich groß wirkten. Die Wochen der Ausverkäufe waren vorbei, die Geschäfte durch die miserable Wirtschaftslage, die allgemeine große Not des Volkes leer. Man brauchte keine neuen Hilfskräfte, sondern entließ an Personal, was nicht unbedingt erforderlich war.

Im Speisesaal des Volkswohls sah Wera Wettern, würgte an einem Teller weißer Bohnen mit Speck zu vierzig Pfennig und fühlte, wie ihr Magen sich hob, als der junge Mann gegenüber sein Messer mit der dicken Masse vollbeladen in den Mund schob. Sie legte die Gabel fort und sah mit im Schoß ruhenden Händen stumm vor sich hin auf das Bachstuch, dessen Muster vom vielen Abwischen schon halb blind war.

Warum nur hatte der unselige Traum sie an vergangene Zeiten gemahnt, warum war sie zu spät gekommen? Hatte Fräulein Henners nicht ganz recht gehabt mit ihrem Beweise? Wer den guten Willen zur Arbeit hatte, wartete nicht bis zur letzten Bahn, kam nicht zu spät. Sie selber hatte die Meldung bei Bösling verschuldet, der sie sonst wohl nie gesehen.

Sollte sie zurück ins Kaufhaus, um Verzeihung, um neue Anstellung bitten, oder zu dem zärtlichen Alten, der sie so gern in die Geheimnisse der doppelten Buchführung einweihen wollte? — Die Kiefer strafften sich unter der blaffen Haut. Niemand! Eher tot! Es gab Dinge, die man nicht tun konnte.

Aber die Not wuchs, das letzte Geld schwand.

Zwei Wochen, nachdem Wera Wettern entlassen worden war, zwei Wochen nach jenen unvergeßlichen Stunden in der Gemäldegalerie stand sie inmitten einer langen Reihe Menschen beiderlei Geschlechts in der Halle des Arbeitsnachweises, um sich die Unterstützung für Arbeitslose zu erbitten.

Und was sie da an Elend sah, erschütterte sie derart, daß sie die eigene Not vergaß.

Wie viele abgemagerte, vergrämte Gesichter waren da unter den Männern und Frauen jeglichen Alters, wieviel Bitterkeit sprach aus ihren Zügen, wieviel dumpfe Verzweiflung, und wie furchtbar groß war die Armut! Ein hoffnungsloses Beginnen schien es, hier helfen zu wollen. War ja alles nur ein Tropfen im Meer! Aber dieser Tropfen, dieser Versuch, helfen zu wollen, der war der eine Lichtpunkt im Dunkel der Sorge. Man erhielt dort ein paar Mark, die vor Verhungern bewahrten, oder eine Aushilfe, gar eine Stellung zugewiesen. An diese Hilfe und Hoffnung klammerte man sich wie an eine starke, schützende Hand.

Hierher kam nun auch Wera Wettern zur vorgeschriebenen Zeit. Aber so furchtbar war ihrem Stolz das gebotene Almosen, daß sie seelisch krank davon wurde.

Die kleine Stube, deren schmuckige Tapete und abgenützte Möbel sie so oft gestört, wurde mit einer Kammer vertauscht, von deren Wänden der Kalk fiel. Sie sah es nicht mehr. Sah stumpfsinnig auf dem einen Holzstuhl am Fenster, das auf einen Kohlenhof hinausging, oder auf den Bänken im Park, den ein früh und jäh hereinbrechender Frühling mit Sonnenscheinfüchtigen bevölkerte. Zu Häupten, auf den kahlen Kisten, jubelten Finken. Die Vorübergehenden blieben stehen, lächelten hin zu den emsigen kleinen Sängern, die wieder und wieder ihren köstlichen Schlag probten. Das Mädchen hörte ihn nicht. Es war, als habe die Not ihre Lebenskraft erschöpft.

„Die sieht aber elend aus“, bemerkte ein älterer Mann in schäbiger Joppe zu seinem jungen Nachbar, „grad, als könnte sie umfallen... Hoppla, sagte ich's nicht?“

Wera war plötzlich gegen ihn, der hinter ihr stand, geschwankt. Der Alte griff zu, hilfreiche Hände trugen die Ohnmächtige in einen leeren Büroraum, betheten sie auf die Holzbank an der Wand.

(Fortsetzung folgt).

von Bommerellen" oder „Es lebe das polnische Danzig“. Der Versuch, vor die deutsche Befandtschaft zu ziehen, wurde von der Polizei vereitelt. In der Provinz kam es zu ähnlichen Kundgebungen der Juden.

#### „Greuel“-Versammlung in Newyork

Newyork, 28. März. Zu der im Madison Square Garden einberufenen Protestversammlung gegen die deutschen „Judenkreuzer“ waren etwa 20 000 Menschen, größtenteils Juden, zusammengekommen, so daß eine Nebenversammlung abgehalten werden mußte. Es wurden mehrere Reden gehalten und zum Schluß eine Entschließung des Rabbiners Weiss (Wise) angenommen, in der die deutsche Regierung aufgefordert wird, ihre jüdenfeindliche Politik aufzugeben und die Ausweisung der Ostjuden zu unterlassen.

#### Deutschfeindliche Hehe in Palästina

Jerusalem, 28. März. Die hiesigen Juden haben beschlossen, in ganz Palästina eine Boykottbewegung gegen deutsche Waren und deutsche Filme einzuleiten, um gegen den Antisemitismus in Deutschland zu protestieren.

#### Prüfung der öffentlichen Betriebe

Berlin, 28. März. Der Reichsrat ist zu seiner nächsten Vollsession für kommenden Donnerstag in das Dienstgebäude des Reichsministeriums des Innern einberufen worden. Auf der Tagesordnung befindet sich u. a. die Uebersicht über die den Gemeinden als Ertrag der Kosten der Reichstagswahl vom 5. März 1933 zu zahlenden Sätze. Wie das Nachrichtenbüro des RdZ. meldet, ist auch diesmal eine Regelung vorgesehen, die eine Aufteilung der Wahlkosten zwischen Reich und Gemeinden bedeutet, wobei allerdings in der sehr verwickelten Rechnung die Gemeinden in nicht weniger als 13 Gruppen eingeteilt sind. Die Anteile an den Wahlkosten, die den Gemeinden vergütet werden, sind diesmal etwas geringer. Zur Begründung hierfür nimmt die Vorlage Bezug auf die inzwischen gestunkene Reichsmehrzahl für die Lebenshaltungskosten.

Weiter steht auf der Reichsrats Tagesordnung ein sehr bedeutsamer Entwurf einer Verordnung zur Durchführung der Vorschriften über die Prüfungspflicht der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand. Die Verordnung, deren Durchführungsbestimmungen der Reichsrat nun verabschieden soll, ist vom Herrn Reichspräsidenten erlassen worden mit dem Ziel, durch eine sorgfältige Prüfung der Betriebe der öffentlichen Hand Sauberkeit und Rentabilität in diesen Betrieben zu gewährleisten. Die Durchführungsverordnung bestimmt, daß in diesem Sinn der Prüfung zu unterliegen haben alle Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand und als Körperschaften des öffentlichen Rechts auch das Reich und die Länder, sowie die Träger der Sozialversicherung. Dagegen sollen, wie das Nachrichtenbüro des RdZ. weiter meldet, die Betriebe der Religionsgesellschaften durch diese Verordnung nicht berührt werden. Die Prüfung soll vorgenommen werden durch Bilanzprüfer, die identisch sein werden mit den öffentlich bestellten Wirtschaftsprüfern. Die Reichsratsausschüsse werden einige Änderungen vorgeschlagen.

#### Einzelhandel und NSDAP.

Berlin, 28. März. Nach längeren Verhandlungen zwischen der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels und dem nationalsozialistischen Kampfbund des gewerblichen Mittelstands ist jetzt das Abkommen getroffen worden, daß an die Stelle des ersten Vorsitzenden der Hauptgemeinschaft ein der NSDAP angehörender führender Einzelhändler, und zwar Paul Erdmann, Berlin, in Firma Marzahn Nachfolger G. m. b. H., Spandau, treten soll. Der Vorstand der Hauptgemeinschaft hat weiterhin 51 v. H. der Sitze des Vorstands solchen Einzelhändlern eingeräumt, die der NSDAP angehören und vom Kampfbund genannt werden. Die nächste im April stattfindende Mitgliederversammlung wird endgültig über dieses vorläufige Abkommen beschließen. Aus Anlaß der Umgestaltung und der Eingliederung der Hauptgemeinschaft in den neuen Staat hat das Haus des Einzelhandels die schwarz-weiß-rote und die Hakenkreuzfahne aufgezogen.

Durch das Zustandekommen der Vereinbarung kommt weitmas die Mehrzahl aller gewerblichen Unternehmungen in Deutschland auch in wirtschaftlicher Hinsicht unter nationalsozialistische Führung. Von den 670 000 Betrieben des Einzelhandels, die in ganz Deutschland vorhanden sind, gehören mehr als 400 000 Betrieben der Hauptgemeinschaft an. Innerhalb der Hauptgemeinschaft war es übrigens vor einigen Wochen zu wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen gekommen, in deren Verlauf die Warenhausbetriebe ihren Austritt erklärt hatten.

#### Die Reform des Krankenkassenwesens

##### Reichskommissar für die Ortskrankenkassen

Berlin, 28. März. Reichsarbeitsminister Selbte hat einen Reichskommissar für die Allgemeinen Ortskrankenkassen Gotha, Oera, Sonneberg, Gebren (Schüringen) und Wandsbeck ernannt. Ferner wurde der Kommissar für den Verband der Krankenkassen im Bezirk des Oberversicherungsamts Berlin beauftragt, an Stelle der Verbandsorgane die Geschäfte dieses Verbandes zu übernehmen. Ebenso wird ein Beauftragter des Reichsarbeitsministers die Geschäfte des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, der zur Zeit von der Deutschen Revisions- und Treuhandgesellschaft geprüft wird, führen.

#### Änderungen im Reichsrat

Berlin, 28. März. Die bisherigen Vertreter der drei Hansestädte im Reichsrat sowie derjenige Hessens sind beurlaubt und durch Männer nationaler Richtung ersetzt worden. In der bayerischen Vertretung scheint eine Änderung noch nicht beabsichtigt zu sein, da Ministerialdirektor Sperer erst kürzlich zum Befandten ernannt worden ist.

##### Der Vizepräsident der Rheinprovinz verhaftet

Koblenz, 28. März. Der frühere Vizepräsident der Rheinprovinz, Dr. Guske, ist auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft Halle von der Koblenzer Polizei verhaftet worden. In der Voruntersuchung soll festgestellt werden, ob sich Dr. Guske in seiner früheren Verwaltungsfunktion der Anebeneidung und Unterschlagung schuldig gemacht hat.

##### „Die Marneschlacht“ vom Spielplan der Landestheater abgelehnt

Stuttgart, 28. März. Das Theaterstück „Die Marneschlacht“, das am letzten Samstag zum erstenmal in Stuttgart aufgeführt werden sollte, dessen Aufführung dann aber auf Mittwoch, den 30. März, verschoben worden war, ist jetzt endgültig vom Spielplan der Württ. Landestheater abgelehnt worden.

#### Anschlag gegen das Gaswerk in Jürth?

Jürth, 28. März. In der vergangenen Nacht wurden in Jürth etwa 60 Kommunisten verhaftet, die im Verdacht stehen, einen Sprengstoffanschlag auf das städtische Gaswerk in Jürth vorbereitet zu haben. Die Polizei war in den Besitz von Geheimchriften gelangt, in denen der Anschlag angekündigt wurde. Das Gaswerk war daraufhin bereits am Montag abend durch Polizei und SA. besetzt worden.

#### Die „moralische Abrüstung“ in Frankreich

##### „Figaro“ fordert die Wiederbesetzung des Rheinlands

Paris, 28. März. Eines der deutschfeindlichsten Blätter des Deutschenlands, das „Figaro“, verlangt die Wiederbesetzung von Mainz und des Rheinlands. Frankreich könne in der Ungewißheit nicht leben, nachdem es Hitler gelungen sei, innerhalb eines Jahres 300 000 Nationalsozialisten zu mobilisieren. Wenn Deutschland heute in der Lage sei, sich der Durchführung des Versailler Vertrags mit Waffengewalt zu widersetzen (!), so werde es nicht lange dauern, bis es in der Lage sei, nach Paris zu marschieren (!). Frankreich müsse zur Tat schreiten, auch wenn es darob zu einem Krieg komme; 100 000 Freiwillige zum Einmarsch in Deutschland würden sich schon finden, dann werde die Welt wieder Respekt vor Frankreich haben, während sie jetzt sein Verderben und seine Unterjochung wünsche.

Coty scheint von seinem eigenen Parfüm benebelt zu sein. Traurig ist nur, daß es immer noch deutsche Frauen gibt, die dem Pariser Giftmischer seine Waren abkaufen und ihn bereichern. Die Auswürfe des „Figaro“ sind übrigens ein interessanter Beleg dafür, welche Fortschritte die „moralische Abrüstung“ in Frankreich gemacht hat.

#### An die Weingärtner!

##### Bekämpfung der Rebenichildlaus und der Kräuflerkrankheit

Allgemein tritt in den Weinbergen die Schildlaus außergewöhnlich stark auf, so daß eine Bekämpfung des Schädlings nach beendigtem Rebschnitt dringend anzuraten ist. Bielschlag ist nicht nur das alte, sondern auch das junge Holz in seinem ganzen Umfang mit den braunen Läusen belegt. Am wirksamsten dürfte ein Abreiben der Borke an den Schenkeln und ein nachfolgendes Besprühen des alten und jungen Holzes mit einem guten Obstbaumkarbolineum sein, in einer Konzentration von 6-8 Prozent, wobei eine Benetzung der Äugen möglichst zu vermeiden ist. Auch eine Sprüfung der Reben mit Nikotin, Schwefelsäurebrühe oder Solbar hat gute Erfolge gezeigt, besonders solange die Läuse noch wandern. Schwefelsäurebrühe und Solbar stellen auch die wirksamsten Mittel dar gegen die Kräuflerkrankheit. Da dieselbe ebenfalls sehr verbreitet ist und dauernd an Ausdehnung zunimmt, sollte eine Bekämpfung in den befallenen Weinbergen nicht unterlassen werden.

Bei Verwendung von Nikotin nimmt man 15 Kg. Tabakertrakt und 150-200 Gramm Weinschwefelsäure auf je 100 Liter Wasser, bei anderen Nikotinpräparaten richtet man sich nach den von den Firmen angegebenen Gebrauchsanweisungen. Die handelsübliche Schwefelsäurebrühe ist mit der drei- bis vierfachen Menge Wasser zu verdünnen, während Solbar dreiprozentig (3 Kg. auf 100 Liter Wasser) angewendet wird.

Zur Durchführung der Bekämpfungsarbeiten sind frostfreie, trockene Tage zu wählen. Vor dem Schwellen der Knospen müssen die Arbeiten beendet sein. Zur Behandlung eines Morgens benötigt man etwa 150 Liter Brühe.

Württ. Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau, Weinsberg.  
Dr. Kramer.

#### Württemberg

##### Beherrigenswerter Aufruf des Stahlhelms

Stuttgart, 28. März. Der Landesführer des „Stahlhelms“ Landesverbandes Baden-Württemberg, Dr. Wenzel, hat an seine Kameraden einen Aufruf erlassen, der die Jugend zur Ritterlichkeit gegen Alter und Frauen mahnt. Der Aufruf regelt zunächst die Gruppensicht. Dann heißt es weiter: Ruomberevolution, Inflationszeit und Massenkampf haben weite Kreise unserer Jugend verrotzt und jede Ritterlichkeit, Ehrfurcht und Anstand aus dem Verleche unierer Volksgenossen in der Offentlichkeit verschwinden lassen. Auf der Straße, auf der Trambahn, am Fahrkartenschalter, in der Straßenbahn — überall hat in den letzten vierzehn Jahren die rohe Gewalt ein Benehmen gezeigt, mit dem ausgeräumt werden muß. Es ist unser Wille, daß ihr, die jungen Freiheitskämpfer von heute, dereinst im Alter die Achtung und Ehrerbietung genießt, die euch zukommt. Darum müßt ihr heute das Beispiel geben. Ehret Vater und Mutter! Achtet das Alter, die Frauen, die Schwachen und Kranken! Bringt deutsche soldatische Ritterlichkeit wieder zu Ehren! Haltet Kameradschaft und bedenkt immer, daß auch der politische Gegner ein deutscher Mann ist und dereinst aus Ueberzeugung, nicht aus Furcht sich einreihen muß in die große junge stürmische Front der deutschen Freiheit!

Stuttgart, 28. März.

Die Vornahme von Betriebsrätewahlen ist aus Gründen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit bis auf weiteres verboten worden.

Das mißbräuchliche Singen des horst-Wesfel-Lieds in Gastwirtschaften oder auf öffentlichen Straßen und Plätzen ohne besonderen Grund wird unter Strafe gestellt. Das Lied soll in seiner Weihe als Kampflied der nationalen Erhebung erhalten werden und darf nur von Anhängern der nationalen Bewegung gesungen werden.

Das Schächelverbot wird auch auf die Tötung von Schlachtgefögeln ausgedehnt. Das Gefögell soll vor der Schlachtung durch einen Schlag mit einem runden Holzstab hinter den Kamm betäubt werden, wie dies in den großen Gefögelschlächtereien schon längst üblich ist.

Ausstellung „Württembergische Kunstschau 1933“. Im Hinblick auf das Deutsche Turnfest und den Schwäbischen Heimtag veranstalten die Stuttgarter Künstler-Verbände mit Unterstützung von Staat und Stadt von Anfang Juni bis Anfang August an Stelle der seither üblichen, über das ganze Jahr verteilten Einzelausstellungen im Kunstgebäude und im Ausstellungsgelände auf dem Interimstheaterplatz eine gemeinsame Ausstellung, die „Württembergische Kunstschau 1933“. Gleichzeitig soll anläßlich des 80. Geburtstages

von Professor Adolf Hölzel im Kunstsaal des Kunstgebäudes eine Ausstellung „Hölzel und seine Schule“ stattfinden. Die Geschäfte der Ausstellung führt die Geschäftsstelle des Württ. Kunstvereins, Stuttgart, Kunstgebäude, bei der auch die Anmeldepapiere zu erhalten sind.

Befehlsgung der Hilfspolizei durch die Presse. Auf Einladung des Polizeikommissars für das Land Württemberg, v. Jagow, hatten die Vertreter der Presse am Dienstag vormittag Gelegenheit, die württ. Hilfspolizei in ihrem Dienst in der Kaserne wie im Gelände zu besichtigen.

Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg. Nach dem Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg im Rechnungsjahr 1932 haben bis Ende Februar 1933 betragen im ordentlichen Haushalt die Mehrausgabe 12 311 000, im außerordentlichen Haushalt die Mehreinnahme 2 600 000 M.

Das Konzentrationslager auf dem Heuberg umfaßt bereits 1500 politische Gefangene. Die Gefangenen werden demnächst mit Straßenbauarbeiten im Lager selbst beschäftigt werden. Gerüchte, daß die Gefangenen egerzieren müßten, sind falsch. Das Konzentrationslager war von Polizeioberst a. D. Reich (Stuttgart) eingerichtet worden, der es bis zum letzten Samstag geleitet hatte. Der neue Leiter des Lagers ist Major a. D. Kaufmann.

Der Ueberlaß bei der Deutschen Autoversicherungs-AG. Am Dienstag bildeten die Entnahmen bei der Deutschen Autoversicherungs-AG. immer noch den Gegenstand der Hauptverhandlung gegen die Brüder Dr. Otto und Paul Rikau. Nicht nur die beiden Angeklagten, sondern auch der Schweizer Bankier Dr. Sautier waren an dem gewaltigen Ueberlaß der DAV. beteiligt. Nach den Berechnungen wurden insgesamt etwa 2,3 Mill. M. unberechtigt aus der Kasse der DAV. entnommen. Einen völlig neuen und selbst dem Gericht bisher unbekanntem Gesichtspunkt schnitt der Konkursverwalter der DAV. an, als er in diesem Zusammenhang vernommen wurde. Der Zeuge gab an, die Konkursverwaltung erwäge, den Staat schadenerfasspflichtig zu machen. Sie stehe auf dem Standpunkt, daß die DAV. in das Handelsregister überhaupt nicht hätte eingetragen werden dürfen, da nicht alle Voraussetzungen erfüllt gewesen seien. Nach einem Ueberschlag des Konkursverwalters über den derzeitigen Stand werden die nichtbevorrechtigten Gläubiger, die Forderungen von etwa 7 Mill. Mark angemeldet haben, völlig leer ausgehen. Die bevorrechtigten Forderungen betragen etwa 500 000 Mark. Inwieweit sie befriedigt werden können, steht noch nicht fest. U. a. besteht allein noch eine Steuerschuld von rund 400 000 Mark.

Bildung von Sondergerichten. Laut Verordnung des Justizministeriums wird für den Bezirk des Oberlandesgerichts Stuttgart ein Sondergericht mit dem Sitz in Stuttgart gebildet.

Aufhebung der Unterkommissariate in Württemberg. Die gestern amtlich bestätigten 13 Unterkommissariate für Württemberg sind heute durch Verfügung des Innenministeriums wieder aufgehoben worden. Damit ist die alleinige Zuständigkeit der staatlichen und der Gemeindebehörden im früheren Umfang wiederhergestellt.

Die Postbeamten hinter der nationalen Regierung. Der Landesverband Württemberg des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten E. V., der in Württemberg weit über 4000 Beamte des unteren und mittleren Postdienstes als Mitglieder zählt, hielt am Sonntag eine Konferenz seiner Obmänner ab. Diese war von über 100 Unterführern aus dem ganzen Land besucht. In einer Entschließung schloß sich der Landesverband dem bekannten Aufruf des Reichsverbands an.

#### Aus dem Lande

Jellbach, 28. März. Die Schüttelgrabenkorrektionskommission. Der Kreditausschuß für Arbeitsbeschaffungsmassnahmen 1933 (Reliorenationen) hat einen Kredit in Höhe von 120 500 RM. zum Zweck der Regulierung des Schüttelgrabens gewährt. Mit den Arbeiten kann Mitte April begonnen werden.

Waiblingen, 28. Febr. Freitag. Ein 18 J. a. Gärtnerlehrling, dem von seinen Lehrern und dem Belehren in Rommelshausen die besten Zeugnisse ausgestellt wurden, fiel bei Ablegung der Befähigungsprüfung in Stuttgart durch Aus Berzweiflung darüber stürzte sich der junge Mann vom fahrenden Eisenbahnzug und war sofort tot.

Nedarweihingen O. Ludwigsburg. Das ermarkete Mädchen ist die 21 J. a. Tochter Elise des Landwirts Sieber in Hoheneck, der Täter ist der gleichaltrige Sattler und Tapezier Robert Gröhlinger aus Nedarweihingen, der in seiner Arbeitsstätte in Badnang verhaftet wurde. Beide entstammen rechtschaffenen Familien.

Schnaigern O. Brackenheim, 28. März. Dem Bürgermeister die Fenster eingeworfen. Gestern nachmittag ging hier das Gerücht um, daß in Schnaigern befindliche Bürgermeister Neuböffer foue aus der Haft entlassen und wieder in sein Amt eingesetzt werden. Diese Nachricht löste bei einem großen Teil der Einwohnerchaft starke Erregung aus. Abends sammelten sich immer mehr Leute vor dem Haus Neuböffers. Geschrei ertönte. Fenster wurden eingeworfen usw. Nur dem energischen Eingreifen der rasch herbeigerufenen SA-Mannschaft war es zu verdanken, daß die Sache nicht schlimmere Folgen annahm. Mit Gewalt mußte man die erregte Menge zurückdrängen und sofort die Zugangsstraßen mit starken Posten absperrten. Der Sachschaden soll beträchtlich sein.

Heilbronn, 28. März. Entlassung bei der Ortskrankenkasse. Dem Gewerkschaftsführer Fr. Reinhardt, Vorstandsvorsitzender der Allg. Ortskrankenkasse Heilbronn-Stadt, ist durch Verfügung des Staatskommissars für das Versicherungswesen in Württemberg vorläufig seine Tätigkeit als solcher und als Mitglied des Vorstandes unterlegt worden bis zur Durchführung des ordentlichen Amtesverfahrens.

Hall, 28. März. Waffenfunde. In Gradental und Hall wurde eine größere Anzahl Pistolen gefunden. In einer wurde eine größere Anzahl Pistolen gefunden. In einer Waidklinge unter einer Tanne fanden Beamte eine große wasserdicht verschlossene Blechbüchse, in der eine größere Anzahl Pistolen und etwa 1000 Schuß Munition enthalten waren. Im Zusammenhang mit den Waffenfunden wurden mehrere Kommunisten, darunter 2 Frauen, verhaftet.

Blumweiler O. Mergentheim, 28. März. Bei der Drispörstehewahl wurde der bisherige Bürgermeister Johann Lang wiedergewählt.

Ellwangen, 28. März. Vierfacher Brandstifter. Das Schwurgericht hat den 20 J. alten ledigen Dienstknecht Gottfried Sperle von Leinroden O. Aalen, wohnt in Bernhardsdorf O. Aalen beschuldigt, wegen vier Verbrechen

